

Die **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)**, Stuttgart, startet den Verkauf ihrer Tochter **LBBW Immobilien GmbH** mit ihren 21 500 Wohnungen und rund 300 Mitarbeitern. Das Verfahren soll möglichst bis Ende des Jahres abgeschlossen werden, die vertiefte Prüfung (Due Diligence) wird voraussichtlich im Frühherbst stattfinden. Der Bereich Asset Management Gewerbe, die Projektentwicklungsaktivitäten sowie die Real Estate Services der Gesellschaft werden zuvor abgespalten und verbleiben mit ihren Mitarbeitern im Konzern der LBBW. Die Bank setzt damit eine weitere Auflage der **EU-Kommission** um, die den Verkauf bis Ende 2012 fordert.

Mitte Juli dieses Jahres haben die **EU-Kommission**, die **EZB**, und der **Internationale Währungsfonds (IWF)** ohne Vorbehalte die nächste Tranche des Hilfsprogramms für **Irland** freigegeben. Konkret geht es um eine Summe von vier Milliarden Euro von IWF und EU sowie 0,5 Milliarden Euro bilaterale Hilfe aus Großbritannien.

Im Zusammenhang mit Hypothekenverbriefungsgeschäften im Volumen von mehr als einer Milliarde Euro hat der belgische Finanzdienstleister **Dexia** die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, in New York wegen Betrugs verklagt. Das Geldhaus habe bewusst eine schlechte Qualität der hinter den betroffenen Wertpapieren stehenden privaten Hypothekenkrediten verschwiegen, heißt es in der Klageschrift. Dexia hatte eigenen Angaben zufolge in insgesamt 32 der Verbriefungen investiert.

Insgesamt acht Institute, darunter Banken aus Spanien, Griechenland und Österreich, haben den jüngsten Stresstest der **European Banking Association (EBA)** nicht bestanden. Die deutschen Teilnehmer, die nach dem EBA-Format veröffentlichen, erreichen alle die von der Finanzaufsichtsbehörde geforderte Core-Tier-1-Ratio von mindestens 5,0 Prozent. Unter den Stressbedingungen lag die durchschnittliche Ratio der hiesigen Teilnehmer zum 31. Dezember 2012 bei 7,5 Prozent und damit oberhalb der festgelegten Mindestquote von 5,0 Prozent. Ende 2010 hatten die teilnehmenden deutschen Banken eine durchschnittliche Kapitalquote von 11,3 Prozent (siehe auch Gespräch des Tages).

Kurz vor der Veröffentlichung der Stresstest-Ergebnisse hat sich die **Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)**, Frankfurt am

8. Juli 2011 bis 22. Juli 2011

Main, als einzige der 13 teilnehmenden deutschen Institute faktisch aus dem Verfahren ausgeschlossen. Vorangegangen war ein Streit mit der EBA um die Anerkennung der vom **Land Hessen** gehaltenen stillen Einlagen im Volumen von 1,9 Milliarden Euro, ohne welche die Helaba die Test-Kriterien nicht bestanden hätte. Die Landesbank veröffentlichte daraufhin die eigenen Ergebnisse unter voller Berücksichtigung der stillen Einlagen.

Die **EU-Kommission** hat die staatlichen Beihilfen der Bundesrepublik Deutschland für den **Hypo Real Estate Konzern (HRE)**, München, genehmigt. Als eine der erteilten Auflagen werden die Geschäftsfelder der **PBB Deutsche Pfandbriefbank** auf die Immobilienfinanzierung und die öffentliche Investitionsfinanzierung – ein Teilbereich der Staatsfinanzierung – in Deutschland und ausgewählten europäischen Ländern beschränkt. Darüber hinaus begrenzt die Kommission das Wachstum der zinstragenden Vermögenswerte. Zudem dürfen die Banken im **Depfa-Teilkonzern** kein Neugeschäft tätigen (siehe Gespräch des Tages).

Bis zu 1,5 Milliarden Euro investiert die **IKB Deutsche Industriebank AG**, Düsseldorf, in den Rückkauf von SoFFin-garantierten Anleihen. Das Angebot erstreckt sich auf zwei Anleihen mit Fälligkeiten im Januar und im März 2012. Nach Abschluss der Transaktion sollen die Garantien des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe des zurückgekauften Volumens vorzeitig zurückgegeben werden. Der entsprechende Garantierahmen wird auf aktuell 8,6 Milliarden Euro beziffert, von denen rund 5,6 Milliarden Euro im Jahr 2012 fällig werden.

Nach Ansicht ihrer Aufseher sind weltweit derzeit 28 Banken so groß, dass ihr Zusammenbruch das gesamte Finanzsystem signifikant beschädigen könnte. Sie werden damit als systemrelevante Institute („Sifis“) klassifiziert und sollen laut einem Diskussionspapier des **Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht** und des **Finanzstabilitätsrats (FSB)** daher mit einem Eigenkapitalaufschlag von bis zu 2,5 Prozent daran gehindert werden, zu große Risiken einzu-

gehen. Die Namen der Institute wurden nicht genannt, eine endgültige Liste soll im Januar 2014 veröffentlicht werden. Im November laufenden Jahres beraten die G20 auf einem Gipfel in Cannes, wie sich entsprechende Systemrisiken begrenzen lassen.

Im Rahmen einer Kooperation wollen die **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)**, Stuttgart, und die **Allianz Lebensversicherungs-AG (Allianz Leben)**, München, künftig im vermittlergestützten Baufinanzierungsgeschäft der LBBW zusammenarbeiten. Hierbei beabsichtigt der Versicherer, das Neugeschäft fortzuführen und den Bestandskunden bei Zinsbindungsende ein Angebot für einen Wechsel zur Allianz zu unterbreiten. Die Landesbank will diese als Dienstleister unterstützen. Die Mitarbeiter, die im Rahmen der Kooperation für die Versicherung Tätigkeiten erbringen, verbleiben bei der LBBW und arbeiten auch künftig an den bisherigen Standorten. Ein Grundlagenvertrag wurde Mitte Juli unterzeichnet. Der Abschluss des endgültigen Kooperationsvertrags wird für das vierte Quartal 2011 in Aussicht gestellt.

VTB, Russlands zweitgrößte und staatliche Bank, erhöht ihren Anteil an der angeschlagenen **Bank of Moscow (BOM)** auf 75 Prozent und schafft damit die Voraussetzung dafür, dass der **russische Staat** den zugesagten Dreiviertelanteil an den zur Rettung notwendigen umgerechnet 9,8 Milliarden Euro freigibt (siehe auch Kreditwesen 14-2011). Die Schiefelage des Instituts war nach der feindlichen Übernahme durch VTB im Frühjahr dieses Jahres erkennbar geworden.

Die **WestLB AG**, Düsseldorf, setzt die Gespräche zur Veräußerung ihrer auf das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft spezialisierten Tochtergesellschaft **Westdeutsche ImmobilienBank AG (West-Immo)**, Mainz, auf exklusiver Basis mit Gesellschaften der **Apollo Global Management** fort. Letzterer ist ein alternativer Asset Manager mit Niederlassungen unter anderem in New York und Frankfurt. Die Landesbank hatte nach Auflagen der **EU-Kommission** zur Konzernverkleinerung den Verkaufsprozess für die Immobilien-Tochter bereits vor rund eineinhalb Jahren gestartet. Allerdings kam bislang kein Verkaufsabschluss zustande. Nach dem jüngsten Umbauplan, der Ende Juni den EU-Behörden in Brüssel vorgelegt wurde, soll die WestLB zerschlagen werden (siehe Kreditwesen 14-2011). ■■■■■